



Herrn  
Bezirksbürgermeister Rainer  
Göbel  
im Stadtbezirk Ahlem-Badenstedt-Davenstedt

über:

Fachbereich Personal und Organisation OE 18.62.11  
Bereich Rats- und Stadtbezirksratsangelegenheiten

23. August 2018

**Antrag**                      gem. §10 der Geschäftsordnung des Rates der  
Landeshauptstadt Hannover in die nächste Sitzung des  
Bezirksrates Ahlem-Badenstedt-Davenstedt am 23. August 2018

**Schließung der Containerunterkunft in der Petit-Couronne-Straße**

**Der Bezirksrat möge beschließen:**

Die Verwaltung der LHHannover wird aufgefordert, die Schließung der Containerunterkunft in der Petit-Couronne-Straße zu veranlassen.

**Begründung:**

Die Containerunterkunft diente in der Vergangenheit der Unterbringung von Flüchtlingen, denen im gegenüberliegenden Schulzentrum aufgrund fehlender Kapazität kein Platz zur Verfügung gestellt werden konnte. Zwischenzeitlich sind die Flüchtlinge, sowohl aus dem Schulzentrum, als auch aus der Containerunterkunft u.a. in das ehem. Maritim Hotel am 'Friedrichswall' umgezogen. Während des Aufenthaltes in der Petit-Couronne-Straße erfuhren die Flüchtlinge eine stetige emotionale und sehr unterstützende Betreuung durch die unmittelbar in der Nachbarschaft wohnenden BürgerInnen.

Nach dem Umzug belegte die LHHannover die Containerunterkunft, anstelle mit Flüchtlingen unerwartet und ohne weitere Ankündigung, mit Wohnungslosen. Auch hier wollten sich die Anwohner um eine gute Eingewöhnung mit der Nachbarschaft bemühen und standen gerne für Betreuung und sonstige Hilfeleistungen zur Verfügung.

Allerdings erwies es sich nach kurzer Zeit als äußerst schwierig, eine sozial gut verträgliche Verbindung im gemeinsamen Alltag miteinander zu gestalten. Stattdessen entwickelte sich ein ungewöhnliches Eigenleben im Containerdorf, dass insbesondere durch zwei Familien stark geprägt wurde. Tagsüber andauernde und nächtliche Ruhestörungen gingen einher mit ausgeübten Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, Betreten fremder Grundstücke, Verwahrlosung und Vermüllung der Containerunterkunft und der unmittelbaren Umgebung. Die Anwohner fühlen sich in ihrer heimischen Umgebung mittlerweile sehr unwohl und teilweise bedroht. Bitten auf Unterlassung verhalten, daher verzichteten die Anwohner aufgrund evtl. androhender Repressalien oder Übergriffen und um ihr dortiges Leben in Ruhe und Frieden leben zu können, auf weiteren direkten Kontakt.

Aufgrund der geschilderten Umstände, ist es den vorwiegend älteren Anwohnern nicht länger zuzumuten, diese starken Einschränkungen weiterhin zu akzeptieren und hinzunehmen. Die ursprüngliche Nutzung für Flüchtlinge wurde eigenmächtig und kurzerhand als neue Unterkunft für Wohnungslose genutzt. Dieses von der LHHannover nicht abgesprochene gestartete Experiment ist gründlich gescheitert und darf auf gar keinen Fall auf den Rücken der Anwohner fortgesetzt werden. Die LHHannover hätte aufgrund vielfacher vorheriger Erfahrungen wissen müssen, dass sich eine Integration, wie bereits in den Unterkünften am 'Burgweg', als auch in der 'Celler Straße' als nicht durchführbar darstellt.

Wir empfehlen der LHHannover das Grundstück für eine Bebauung zu nutzen, um es unverzüglich für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

Sabine Dudda  
Fraktionsvorsitzende